

Zur Finanzlage der HU

Ein Viertel der Jahresbeiträge stehen noch aus. Die HU finanziert ihre Arbeit fast ausschließlich mit den Beiträgen und Spenden ihrer Mitglieder. Das gewährt ihr eine Unabhängigkeit um die sie mancher andere Verband beneiden dürfte. Andererseits macht das unsere Organisation von der Zahlungsmoral der Mitglieder abhängig.

Eine signifikante Veränderung im Haushalt der HU gegenüber früheren Jahren ergab sich bezüglich der Großspenden. Früher erhielt die HU große Spenden (z. T. bis zu DM 12 000,- jährlich), die einen großen Teil der laufenden Kosten bereits deckten. V. a. zur Zeit der akuten Gefahr eines politischen Klerikalismus waren begüterte Bürger bereit, die Arbeit der HU zu unterstützen. Mit der veränderten politischen Lage und der damit zusammenhängenden Verlagerung der Hauptaufgaben der HU ist diese Bereitschaft offensichtlich zurückgegangen. Die HU hat heute keinen einzigen Großspender mehr.

Um so dringlicher sind wir auf die pünktlichen Beitragszahlungen unserer Mitglieder angewiesen.

Es ist unerträglich, daß ein Viertel der Mitglieder ihren Jahresbeitrag für 1970 bis heute noch nicht bezahlt haben. Die HU kann ihre Ausgaben kurzfristig nur sehr bedingt diesem Zahlungsrückstand anpassen.

Die laufenden festen Kosten, insbesondere die Gehälter, müssen unabhängig davon weitergezahlt werden. Darüber hinaus verursachen uns die Mahnungen unnötige Kosten. Kosten, die in die politische Arbeit viel sinnvoller zu investieren wären. Tausend Mahnbriefe kosten uns überschlägig mindestens DM 350,-. Was uns gar die Überziehung unseres Bankkontos kostet, weiß bei den heutigen Zinssätzen jeder selbst. Es ist nicht anzunehmen, daß man aus einer momentanen Laune heraus Mitglied der HU wird. Vielmehr bekundet man durch seine Mitgliedschaft, daß man die Aufgaben der HU für dringend hält. In diesem Fall sollte man aber auch dazu beitragen, daß die finanzielle Basis für die Arbeit der HU sichergestellt ist. Manche Mitglieder meinen allerdings, daß die HU mit der sozialliberalen Koalition mehr oder weniger überflüssig geworden sei. Wie abwegig diese Auffassung ist, zeigt allein schon die kürzlich erfolgte, das Grundgesetz mißachtende, Anbiederung von Herbert Wehner beim politischen Katholizismus (s. FAZ und „Die Welt“ v. 7. 11. 1970).

Bitte erhalten Sie die HU arbeitsfähig. Überweisen Sie Ihren NOCH AUSSTEHENDEN Jahresbeitrag umgehend. (Auch unsere Angestellten freuen sich gerade zu Weihnachten, wenn sie ihre Gehälter pünktlich erhalten.)

Weihnachtsgratifikation schon verplant?

Im „Gratifikationsmonat“ Dezember mag es mancher Freundin und manchem Freund der HU leichter fallen, sympathische Organisationen mit einer Spende zu bedenken. Außerdem hat mancher noch aus Steuergründen eine Spende unterzubringen. Es wäre sehr hilfreich, wenn dabei auch die HU bedacht werden könnte. Denn unsere Publikationen und unsere Gutachten, unsere Prozesse, der Betrieb unserer Geschäftsstelle – und unsere Tagungen –, all das kostet soviel Geld, daß wir mit dem Beitragsaufkommen allein nicht hinkommen. Die Kirchen haben die Kirchensteuer, die Parteien erhalten Zuschüsse aus Steuermitteln und hinter den Bonner Wirtschaftslobbyisten stehen finanzkräftige Großunternehmen. Wir sind jedoch, wie gesagt, im wesentlichen auf das angewiesen, was die Mitglieder selbst aufzubringen vermögen. Bitte prüfen Sie deshalb, ob Sie – über Ihren Jahresbeitrag hinaus – eine Spende für die HU locker machen können. Gegenüber dem Finanzamt können solche Spenden als Sonderausgaben geltend gemacht werden. Die HU unterhält ein Konto bei der Bank für Gemeinwirtschaft (München), Nr. 1700678.

Herzlichen Dank im voraus!

Freiheit und Schutz sittlicher Empfindungen sind gleichwertige Grundrechte

Die Humanistische Union hat in einem Schreiben an den Sonderausschuß für die Strafrechtsreform im Bundestag zum vierten Gesetz zur Reform des Strafrechts Stellung genommen.

Die Humanistische Union wiederholt in ihrem Schreiben ihre Forderung nach Reform des § 184 StGB (Vertrieb sog. unzüchtiger Schriften) und weist darauf hin, daß dieser Paragraph in der Vergangenheit häufig zur Aushöhlung der grundgesetzlich garantierten Kunstfreiheit mißbraucht wurde. Das Grundrecht der Kunstfreiheit ist ein zu hohes Rechtsgut, als daß es durch den fragwürdigen Versuch strafrechtlicher Verhinderung von Geschmacklosigkeiten gefährdet werden dürfte.

Andererseits verkennt die Humanistische Union nicht das Recht jeden Bürgers, in seinen sittlichen Empfindungen nicht verletzt zu werden. Sie sieht mit Sorge, daß

die pornographische Flut der letzten Zeit dieses Recht erheblich zu verletzen droht. Die Fassung des § 184 des Regierungsentwurfs ist jedoch geeignet, beiden Gesichtspunkten Rechnung zu tragen. Um jedoch den berechtigten Bedenken in diesem Punkt noch stärker Rechnung zu tragen, schlägt die Humanistische Union vor, zusätzlich die Verwendung pornographischen Materials „als allgemein zugängliches Werbematerial“ zu verbieten. Eine solche Bestimmung würde endgültig verhindern, daß jemand ohne jegliche eigene Absicht mit pornographischem Material konfrontiert würde, ohne jedoch die Freiheit eines anderen zu verletzen, selbst zu entscheiden, was er lesen, hören oder sehen will. Wer sich auch gegen eine solche Fassung des Gesetzes wendet, versucht in unerträglicher Weise seine Mitbürger zu bevormunden. Außerdem fordert die Humanistische Union

die Straffreiheit des Inzests (§ 173 des Reformentwurfs), insbesondere des Geschwisterinzests. Wie aus der Presse bekannt, hat der Sonderausschuß für die Strafrechtsreform zur Frage des Sexualstrafrechts ein Hearing veranstaltet. Während dieses Hearings wurden aus dem Beirat der Humanistischen Union die Professoren Mitscherlich, Pross und Scheuch gehört.

Humanistische Union sucht Schreibmaschinen für Gefängnis-kurse

Eine größere Zahl von Gefangenen des Frankfurter Gustav-Radbruch-Hauses in Preungesheim hat gegenüber dem Ortsverband Ffm. der Humanistischen Union (HU) ihr Interesse an Kursen im Gefängnis bekundet. Auf ein Angebot der 12köpfigen HU-Projektgruppe „Gefangenenbildung“ hin, meldeten sich jeweils mehrere Gefangene für einen Englischkurs, einen Schreibmaschinkurs, eine Diskussionsreihe über Alltags- und Behördenfragen sowie für einen Kurs im kaufmännischen Rechnen. Die Kurse sollen im November anlaufen und

den Gefangenen neben Fachkenntnissen vor allem die Fähigkeit zur Artikulation ihrer persönlichen Probleme vermitteln. Durch Bildung kleiner Gruppen soll gewährleistet werden, daß sich alle Kurs Teilnehmer aktiv am Lernprozeß beteiligen können.

Die Mitglieder der HU-Projektgruppe – Lehrer, Sozialarbeiter, Sekretärinnen und Studenten – werden ihren Unterricht unentgeltlich erteilen. Sie hoffen, daß ihr Unternehmen dazu beitragen wird, den Politikern klarzumachen, daß Gefangenenfortbildung eine gesellschaftliche Aufgabe ist, die nur ausnahmsweise ehrenamtlich täti-

gen, engagierten Laien überlassen bleiben sollte. Langfristig erfordert diese Aufgabe nach Meinung der HU, qualifizierte und entsprechend besoldete Fachkräfte.

Die Projektgruppe der HU benötigt als Lehrmittel noch einige guterhaltene Schreibmaschinen sowie Geldspenden zur Anschaffung von Lehrbüchern. Wer für diesen Zweck eine Schreibmaschine zur Verfügung stellen kann, wende sich bitte an Frau Ingeborg Müller, 6 Ffm., Freiherr-von-Stein-Str. 56, Tel. 723036. Das Spendenkonto der HU in Frankfurt ist PS Ffm Nr. 59353.

Kampagne für Legalisierung der Schwangerschaftsunterbrechung in NRW

Von Helge Klawitter

Die Idee, in NRW eine Kampagne für die Legalisierung der Schwangerschaftsunterbrechung zu veranstalten, entstand im Landesverband nach den Berichten über die Frauenaktion 70 in Frankfurt und nach böseartigen Angriffen gegen den HU-Gesetzesentwurf im Bistumsblatt von Essen. Mitte September wurden daraufhin alle Ortsverbände und Arbeitskreismitglieder in NRW wegen der für Ende November geplanten Kampagne (Podiumsdiskussionen und Straßenaktionen) angeschrieben. Von seiten des Landesverbandes wurde jede mögliche Unterstützung zugesagt.

Auf das Schreiben reagierten nur die OV Köln, Düsseldorf, Dortmund und Essen. **Problem Nr. 1** war und ist also die Aktivierung der Ortsverbände und der einzelnen Mitglieder.

Vorbereitung und Organisation der tatsächlich durchgeführten Podiumsdiskussionen (Köln, Essen, Dortmund) und Straßenaktionen (Köln, Essen, Düsseldorf, Dortmund) blieben letztlich an maximal 5 Personen hängen, die dadurch z. T. völlig überlastet waren. Nicht Ortsverbände, sondern Einzelpersonen führten die Kampagne schließlich durch.

Noch größere Schwierigkeiten ergaben sich, als es darum ging, aktive Mitarbeiter für die Durchführung der Kampagne zu finden (Aufgaben: z. B. Flugblätter verteilen vor Betrieben und während der 2stündigen Straßenaktionen). Wir schrieben vorher HU-Mitglieder und Interessenten mehrmals an, außerdem waren sie durch die örtliche Presse unterrichtet. Dennoch fanden sich z. B. zu der Aktion in Essen nur 6 Personen ein (neben den Organisatoren der Kampagne zwei Mitglieder aus Essen, eines aus Düsseldorf und ein Juso).

Fazit: Gezielte Öffentlichkeitsarbeit auf der Straße – allein von der HU durchgeführt – scheint jedenfalls in NRW vorerst nicht möglich zu sein. Dabei waren es allein die spektakulären Straßenaktionen, die uns die Aufmerksamkeit von Presse, Rundfunk und Fernsehen brachten. Allein durch Podiumsdiskussionen oder Vorträge hätten wir kaum eine Lokalzeitung interessieren können, geschweige denn Rundfunk und Fernsehen.

Bemerkenswert war die im Ansatz gute Zusammenarbeit mit den Jungsozialisten in Köln und Essen und mit der IG Metall in Dortmund. Vor allem Mängel im organisatorischen Bereich müßten sich in Zukunft vermeiden lassen. Wechselseitige Unterstützung besonders von HU, Jusos und Jungdemokraten (evtl. auch Gewerkschaftsgruppen) nicht nur bei Straßenaktionen (sondern auch bei Podiumsdiskussionen oder Seminaren) könnte in Zukunft die schwache personelle Basis der HU wesentlich verstärken.

Kommunikationsmittel

Rundfunk und Fernsehen konnten wir (dank Vermittlung durch eine aktive Rundfunkjournalistin) in erfreulich starkem Ausmaß für unsere Kampagne gewinnen; bei der Presse gelang uns dies leider nicht. Berichtet wurde – wenn auch teilweise recht ausführlich – nur jeweils im Lokalteil der Zeitungen. Ohne die zwei Pressekonferenzen in Köln und Essen wäre aber vermutlich gar nichts in der Presse erschienen. Insgesamt war die öffentliche Beachtung der Frauenaktion in Frankfurt stärker, allerdings kann man Frankfurt nicht mit der kleinbürgerlich-unpolitischen Atmosphäre des Ruhrgebietes vergleichen.

Die gedruckten Flugblätter in Köln sprachen die Bevölkerung weit stärker an als z. B. die hektographierten Blätter in Essen. Die Druckkosten von 400 DM für 50000 Stück (DIN A 5, doppelseitig bedruckt) sollten bei Zusammenarbeit von mehreren OV und mit anderen Organisationen in Zukunft kein Hindernis sein.

Von entscheidender Bedeutung für das Ansprechen der Passanten während der Straßenaktionen war der Einsatz eines Lautsprechers. Sobald dieser eingeschaltet war, gaben Personen in größerer Zahl ihre Unterschrift.

Zusammenfassung im Hinblick auf zukünftige Aktionen

Drei statt zwei Monate Vorbereitungszeit für eine überregionale Kampagne solchen Ausmaßes erscheinen notwendig. Von Anfang an muß Kontakt zu potentiell interessierten Gruppen (wie Jusos, Jungdemokra-

ten, Gewerkschaften) aufgenommen werden. Ortsverbänden und Arbeitskreisen muß man schon zu Beginn möglichst viel Hilfsmittel und Informationsmaterial zukommen lassen, um sie zum „Mitziehen“ zu veranlassen. Von vornherein muß man Arbeitsteilung vereinbaren, da für Einzelpersonen eine derartige Organisationsarbeit nur einmal pro Jahr zu schaffen ist. Von vornherein muß man ein Spendenkonto angeben, da mancher sich zwar nicht personell, aber finanziell beteiligen will und kann. Es sollten möglichst gedruckte Flugblätter (mit unterschiedlichen Terminangaben für verschiedene Orte) verwendet werden. Da Podiumsdiskussionen sich leichter für mehrere Orte organisieren lassen, sollten bei den Einladungen an die Teilnehmer mehrere Termine zur Auswahl gestellt werden. Rechtzeitig muß man die Behörden informieren und Genehmigungen einholen, da oft mehrere Behörden zuständig sind (in Essen z. B. 4!). Unbedingt müssen Lautsprecher eingesetzt werden. Außerdem sollte man bei Veranstaltungen in billige oder kostenlose Räume von Jugendzentren, Volkshochschulen oder Universitäten ausweichen. Örtlich sind Pressekonferenzen zu veranstalten (Hemmungen unnötig, Kosten etwa: 10 bis 20 DM für Getränke).

Ergänzende Hinweise bitten wir zu richten an: Helge Klawitter, 43 Essen, Klingemannstraße 16, Tel. (02141) 27 80 06.

HU Frankfurt berät Kirchaustrittswillige

Die Humanistische Union Frankfurt/M hat eine Informations- und Beratungsstelle für Kirchaustrittswillige errichtet. HU-Vorstandsmitglied Peter Bernhardt beantwortet kostenlos alle telefonisch oder schriftlich an ihn gestellten Fragen, die den Kirchaustritt betreffen. (Peter Bernhardt, 6 Frankfurt/M, Johanna-Kirchner-Str. 82, Telefon 76 19 94.) Auf einem Informationsblatt, das jedem Interessierten auf Wunsch zugesandt wird, sind alle wesentlichen Bedingungen des Kirchaustritts in Frankfurt/M und Offenbach übersichtlich zusammengestellt.

Der OV Frankfurt/M. der Humanistischen Union legt Wert auf die Feststellung, daß die HU als politische Bündnisorganisation von Christen und Nichtchristen nicht für den Kirchaustritt Reklame macht, wohl aber jenen helfen will, die ihr Grundrecht auf Religionsfreiheit wahrnehmen und – aus welchen Gründen immer – aus der Kirche austreten wollen. Der Kirchaustritt gewinnt nach Auffassung der HU Ffm eine besondere Bedeutung, weil er zur Zeit der einzige Weg ist, sich von der Kirchensteuer zu befreien. Der staatliche Einzug der Kirchensteuer wird von der Humanistischen Union als vordemokratisches Privileg der Kirchen bekämpft.

Die Bundesgeschäftsstelle der Humanistischen Union hat inzwischen eine Zusammenstellung der rechtlichen Bestimmungen über den Kirchaustritt in der Bundesrepublik erarbeitet. Diese Zusammenstel-

lung ist als Sonderdruck verfügbar und kann von Interessenten bei der Bundesgeschäftsstelle bezogen werden.

Betrifft: Mutter, Kind und Krankenhaus

Im Ortsverband München hat sich ein Arbeitskreis „Mutter, Kind und Krankenhaus“ gebildet. Der Arbeitskreis ist mit einem Informationsblatt an die Öffentlichkeit getreten, das wir im folgenden leicht gekürzt veröffentlichen: Nirgendwo fühlt sich Ihr Kind so verlassen wie im Krankenhaus ... Muß das so sein?

Wie können Sie ihm helfen? Dazu müssen Sie wissen, was in Ihrem Kinde vorgeht, wenn es ins Krankenhaus eingeliefert wird. Und Sie müssen über Ihre Rechte und Möglichkeiten informiert sein, den Aufenthalt für Ihr Kind so erträglich wie möglich zu machen und ihm Nachwirkungen dieser Trennung zu ersparen.

Ihr Kind hat Angst! Warum? Es fühlt sich im Stich gelassen, denn zu seinem körperlichen Leiden kommt die Trennung von den Eltern, besonders von der Mutter, also von Ihnen. Die ungewohnte, auf das Kind bedrohlich wirkende Umgebung läßt sich mildern, wenn Sie Ihr Kind vorher genau darüber aufklären warum es ins Krankenhaus muß und daß dies keine Strafe ist.

Während des Krankenhausaufenthaltes sollten Sie keine Mühe scheuen, täglich Ihr Kind zu besuchen. Viele Krankenhäuser sind zwar schon auf tägliche Besuchszeiten eingestellt – aber noch nicht alle!

Früher glaubte man, daß die Mutter im Krankenhaus stört, inzwischen hat sich erwiesen: eine verständige und umsichtige Mutter ist nicht nur notwendig für die Genesung des Kindes, sie kann sogar bei der Pflege helfen. Erfahrungen hier in München und in vielen europäischen Ländern beweisen dies.

Um an allen Krankenhäusern tägliche Besuchszeiten zu erreichen und um jeder Mutter den Besuch bei ihrem kranken Kind zu ermöglichen, haben wir, einige Mütter, den Arbeitskreis gegründet.

Unser Ziel ist, jeder Mutter den täglichen Besuch ihres Kindes zu ermöglichen,

1. indem wir uns in den Krankenhäusern um tägliche Besuchszeiten bemühen,
2. indem wir durch einen Babysitterdienst Müttern mit mehreren Kindern den Besuch möglich machen,
3. indem wir Kinder, deren Mütter nicht kommen können, regelmäßig besuchen.

Diese Ziele können wir nur erreichen, wenn wir viele Mütter zur Mitarbeit gewinnen. Inzwischen haben wir schon mit erfahrenen Kinderärzten und Kinderpsychologen Kontakt aufgenommen. Sie werden uns bei unserer Arbeit unterstützen und fachlich beraten.

Wenn Sie sich für unsere Arbeit interessieren, oder wenn Sie helfen wollen, dann rufen Sie an bei: Frau Killinger, 8035 Gaunting, Buchendorfer Str. 7, Tel. 86 33 63.

Für eine repressionsfreie Erziehung Kindergartenseminar in Düsseldorf

Von Ursula Popp

Das Seminar war als Fortsetzung des 1. Kindergartenseminars der HU vom März d. J. in Wiesbaden gedacht. Es sollte jedoch über die dortige Intention hinausführen.

Die progressive erzieherische Arbeit in den privaten antiautoritären vorschulischen Selbsthilfeeinrichtungen sollte angeregt, vertieft und durch Reflexion und Diskussion verbessert werden.

Der Modellcharakter dieser, z. Z. in privater und verschiedener anderer Trägerschaft stehenden Projekte antiautoritärer Erziehung sollte hervorgehoben werden.

Wie schon durch die Themenstellung ausgedrückt wurde, sollte an das Bewußtsein der Öffentlichkeit appelliert werden. Zu diesem Zweck war an eine Presseverlautbarung sowie an eine Resolution an die Kulturausschüsse und Abgeordneten der deutschen Parlamente gedacht. – Das Bewußtsein sollte dahingehend geschärft werden, daß Vorschulerziehung, spätestens vom 3. Lebensjahr an, eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sei. Daß nicht nur kognitive Frühförderung – der Abbau von Milieusperrren und Sprachbarrieren – sondern auch und vor allem die Entfaltung der Kreativität, die Erziehung zur Ich-Autonomie, zu unangepaßtem, kritischem, problemlösendem Denken, unsere Kinder zu Menschen werden läßt, die in der Lage sind, Gesellschaft dynamisch zu gestalten. Zu Beginn des Seminars wurden zwei Filmstreifen gezeigt: a) Der ungarische Kurzfilm „Methoden“ und der dänische Kurzfilm „Bauspielplatz“. – Beide Streifen boten gute Ansatzpunkte zum Einstieg in die Thematik des Seminars, und es ergab sich eine allgemeine angeregte Diskussion über die Zielvorstellungen repressionsfreier Erziehung und die heutige Praxis in Kindergärten, Schulen und der Öffentlichkeit.

Am Samstag konstituierten sich die Teilnehmer zu Diskussionsgruppen.

Die Arbeitsgruppen befaßten sich mit Problemen der Früheinschulung, der Reinlichkeits- und Sexualerziehung im Vorschulalter, der Begabungsförderung, der politischen Bildung im Vorschulalter, der Chancengleichheit im Bildungssystem, der Aus-

bildung der Vorschulerzieher, der Funktion der Kinderläden, der Bedeutung der Psychoanalyse für das Seminarthema, dem Problem der Aggressivität und den Folgen repressionsfreier Erziehung in einer repressiven Gesellschaft.

Am Sonntagvormittag beriet das am Beginn der Tagung gebildete Redaktionskomitee den vom Arbeitskreis Vorschulerziehung der HU vorgelegten Resolutionsentwurf. Die Seminarteilnehmer schlossen sich spontan dieser Beratung an. Schließlich wurde folgende Presseerklärung vom Plenum des Seminars gebilligt: Öffentliche Erziehung im Kleinkindalter ist eine dringende gesellschaftspolitische Aufgabe. Sie darf nicht erst in der Schule beginnen. Die Erziehung der 3- bis 6jährigen Kinder ist so wichtig, daß sie nicht mehr den Eltern alleine überlassen bleiben kann. Wir fordern, daß die Unterdrückung unserer Kinder in Familie, Kindergarten und Schule aufhört. Wir fordern die zuständigen staatlichen und kommunalen Stellen auf: alle freien Aktivitäten (insbesondere die Kinderläden) großzügig zu fördern und die bestehenden Kindergärten in funktionsfähige pädagogische Einrichtungen umzuwandeln. Wir protestieren gegen die Erklärung der Bundesregierung, daß antiautoritäre Kindergärten nicht gefördert werden sollen.

Die Veranstaltung darf trotz ungünstiger organisatorischer Voraussetzungen als gelungen bezeichnet werden. Die Teilnehmer haben vollzählig engagiert mitgearbeitet. Sie haben außer ihrer persönlichen Bereicherung neue Anregungen für ihre aktive progressive pädagogische Arbeit und neue Ausblicke für die Möglichkeit einer Veränderung des gesellschaftlichen Bewußtseins erschlossen.

Seminar in Hamburg

Wie seinerzeit angekündigt, fand Anfang Dezember das Seminar zur politischen Bildung in Hamburg statt. Das Seminar besuchten 61 Teilnehmer. Wir verzichten auf einen ausführlichen Bericht über das Hamburger Seminar, da ein solcher in einer der nächsten Ausgaben der VORGÄNGE erscheinen wird.

Kurzberichte · Informationen · Einladungen

Überparteiliches Forum der Humanistischen Union

Im Ortsverband Hanau wurde ein überparteiliches Forum der Humanistischen Union gegründet. Anlaß der Gründung war die Auffassung, daß brennende Probleme der kommunalen Politik und der großen politischen Themen im Kreise der Bevölkerung nicht genügend ausdiskutiert werden. Der Ortsverbandsvorstand hat auch bereits einen Themenkatalog erarbeitet. In diesem Katalog sind sowohl das klassenlose Krankenhaus wie das neue Ehescheidungs-

recht, der Komplex Mieten- und Baupreise, Umweltschutz im Raum Hanau und der Einfluß der Lokalpresse auf die Meinungsbildung enthalten. Das erste Diskussions-thema des Forums wird lauten: „Verliert Hanau seine Mittelpunktfunktion?“ Zum Sprecher des Forums wurde einstimmig Edgar Thielemann, 645 Hanau, Freigerichtstraße 82, gewählt.

Baden-Baden wieder aktiv

Der Ortsverband Baden-Baden hat am 2. November einen neuen Vorstand gewählt. Vorsitzender wurde Hans-Joachim Girock. Weiterhin gehören dem Vorstand

an Dieter Haberbosch, Isolde Bräuner, Paul Misterek, Anneliese Eisinger.

Da in Baden-Baden seit längerem Auseinandersetzungen über Schulfragen sehr aktuell sind, hat der Ortsverband sich zunächst diesem Themenkomplex gewidmet. So hat er sich an der Gründung einer Bürgerinitiative in Baden-Baden beteiligt. Die Bürgerinitiative hat im Badischen Tagblatt einen Aufruf an alle Eltern, Schüler und Erzieher erlassen, indem auf die schulische Situation in Baden-Baden hingewiesen wird. Der Aufruf wurde von 81 zum Teil in Baden bekannten Persönlichkeiten unterzeichnet. In ihm wird gefordert, die Elternbeiräte, die z. Z. nur ein demokratisches Feigenblatt darstellen, zu ernsthaften Gesprächspartnern in der Schule und Schulverwaltung zu machen. Weiterhin wird verlangt, die Schülermitverwaltungen zu wirklichen Mitbestimmungsorganen umzugestalten. Zusätzlich sollen laufend Informationsabende für Eltern, Schüler und Erzieher eingerichtet werden. Zwei solcher Informationsabende haben bereits stattge-

funden, der erste unter dem Thema „Autoritäre Schule in einer demokratischen Gesellschaft?“, der zweite mit dem Thema: „Zwischen Frustration und – Schüler versuchen eine Analyse ihrer Situation“. Schließlich ist die Einrichtung einer Kontaktstelle geplant, die mit einem Psychologen, einem Juristen und je einem Lehrervertreter der verschiedenen Schularten besetzt werden soll. Diese Kontaktstelle soll sich vor allem den Schwierigkeiten in den einzelnen Schulen widmen und insbesondere bei Konfliktfällen tätig werden.

Kindertagesstätte nötig

Die Humanistische Union in Lübeck ruft interessierte Eltern 3- bis 5jähriger Kinder zur Unterstützung einer Aktion für die Einrichtung einer sozialpädagogischen Kindertagesstätte mit repressionsfreier Erziehung auf. Frau Gerda Schmidt und Dr. Klaus Waterstradt nahmen jetzt an einer diesem Thema gewidmeten Arbeitstagung der HU in Hamburg teil. Die Humanistische Union möchte in der nächsten Zeit auf diesem

Gebiet in stärkerem Maße der Beachtung der Grundrechte der Verfassung Geltung verschaffen.

Schulpolitischer Arbeitskreis in NRW

Der schulpolitische Arbeitskreis hat sich neu konstituiert. Zum Sprecher wurde wieder Karl Cervik, 43 Essen, Garmerstr. 15, Tel. 79 64 08, gewählt. Dem Arbeitskreis gehören jetzt neun Mitglieder an, darunter 2 Studienräte, 2 Konrektoren, 1 Physiker, 1 Mathematiker, 1 Kaufmann und eine Pädagogikstudentin.

Fernsehfilm über Freireligiöse und Atheisten

Wir machen an dieser Stelle auf einen Fernsehfilm aufmerksam, der viele unserer Mitglieder interessieren dürfte. Unter dem Titel „Im Schatten des Christentums“ sendet das Westdeutsche Fernsehen (III. Programm) am Samstag, dem 19. Dezember, 19.15 Uhr, eine Studie über die Situation der Freireligiösen und der Freidenker in der Bundesrepublik.

Stellungnahme zu einem Bericht über den Kongreß der Internationalen Liga für Unterricht, Erziehung und Kultur in Dakar

Zum Bericht von Joachim und Annegret Kahl in den Mitteilungen Nr. 44 „Zu Gast im Lande eines umstrittenen Friedenspreisträgers“ hat uns die Internationale Liga eine Erwiderung geschickt. Wir drucken diese Erwiderung im folgenden ab. Auf Grund des knappen Umfangs der MITTEILUNGEN, mußten wir die Stellungnahme der Internationalen Liga leider kürzen. Der Bundesvorstand der Humanistischen Union hat sich auf seiner letzten Sitzung mit dem Fall beschäftigt und wird in einem ausführlichen Schreiben an den Vorstand der Internationalen Liga zu den Auseinandersetzungen Stellung nehmen.

Mit großem Erstaunen haben die Vorstandsmitglieder der Internationalen Liga für Unterricht, Erziehung und Kultur von dem Artikel Kenntnis genommen, den Annegret und Joachim KAHL in der September-Nummer der „Mitteilungen“ veröffentlicht haben.

Dieser Bericht ist durch einen absoluten Mangel an Objektivität gekennzeichnet. Folgende Richtigstellung erscheint erforderlich:

1. Die Veranstalter des Kongresses hatten diesen keineswegs „so problemlos und apolitisch wie möglich geplant“. Es ging um die Veranstaltung einer Aussprache auf breiter Grundlage und im Geist der freien Diskussion, in der unsere Grundsätze entsprechend, die verschiedensten Thesen und Ansichten aufeinandertreffen sollten. Alle korporativen Mitglieder der LIGA – also auch die Humanistische Union – waren von den vorgesehenen Themen in Kenntnis gesetzt worden und hatten somit Gelegenheit, vor Zusammentreten des Kongresses dazu Stellung zu nehmen. Kein Kongreß kann sich in ersprießlicher Weise abwickeln, wenn keine Tagesordnung vorliegt oder wenn diese Tagesordnung nicht regelrecht eingehalten wird. Während der Diskussionen haben alle Verantwortlichen der Liga alles darangesetzt, um jede Ansicht zu Wort kommen zu lassen, und das Kongreß-Büro hätte jede Art des Widerspruchs – innerhalb oder außerhalb der Veranstaltungen des Kongresses – als positiven Faktor gewertet, wenn diese Äußerungen sich in den Grenzen angemessener Formen gehalten hätten.

2. Die Behauptung, daß „der Inhalt der Vorträge kaum berichtenswert war“, ist ungerechtfertigt. Wenn man zugeben kann, daß die Ausführungen über die Jugend – übrigens nicht vom Referenten allein, sondern von der zuständigen Kommission in ihrer Gesamtheit verfaßt – recht schwach waren, so waren die beiden anderen Vorträge entschieden beachtenswert.

3. Die einem Kongreß vorgelegten Berichte stellen nichts anderes dar als eine Arbeitsgrundlage. Sie sind Gegenstand von Diskussionen. Eine solche Diskussion darf in einer demokratischen Organisation nicht durch Sabotage ersetzt werden. Ausgesprochene Sabotage aber ist anlässlich einer unpolitischen Abendveranstaltung von Leuten geübt worden, die nicht Kongreßteilnehmer waren. Die Haltung dieser Leute ließ auf ihre Absicht schließen, die öffentlichen Veranstaltungen des Kongresses, vor allem deren erste, zu stören. Es gibt wohl auf dem europäischen, afrikanischen, amerikanischen oder asiatischen Kontinent keine einzige verantwortungsbewußte Regierung, die nicht Schutzvorkehrungen treffen würde, wenn eines ihrer Mitglieder sich

anschickte, eine von schweren Störungen bedrohte Versammlung zu eröffnen. Die Demonstrationen bei dem senegalesischen Volkskunst-Abend haben die Polizeimaßnahmen hervorgerufen, die die Regierung bei der am folgenden Tag stattfindenden Eröffnung des Kongresses für angemessen erachtete.

Dessen ungeachtet konnten die Studenten zu Wort kommen, und die Erklärung des Premier-Ministers in seiner Eröffnungsansprache, wonach der Widerspruch ein notwendiger Bestandteil des Dialogs sei, fand in folgenden Tatsachen ihre Bestätigung:

– bei der Eröffnungsveranstaltung kontrollierte am Eingang die Polizei die Identität der Kongreßteilnehmer; kongreßfremde Elemente, die hier kritische Flugblätter verteilten, wurden einfach gebeten, sich zurückzuziehen; in anderen Ländern, auch in westeuropäischen, wären sie auf der Stelle verhaftet worden – die opponierenden Studenten konnten ungehindert ihre Teach-in-Veranstaltung abhalten

– der Zugang zur Mensa wurde von opponierenden Studenten kontrolliert, die den Mitgliedern der senegalesischen Liga den Eintritt versagten; weder die Universitätsbehörden noch die Polizei schalteten sich ein; beweist das nicht, daß die senegalesische Regierung nicht dem Bild entspricht, das Annegret und Joachim KAHL von ihr entwerfen?

4. Die Liga „billigte“ nicht die Abwesenheit der Soldaten, sondern erachtete einfach, daß sie als Gast der senegalesischen Regierung sich nicht in die Maßnahmen einzumengen hatte, die diese zur friedlichen Abwicklung der Diskussionen für unumgänglich hielt.

5. Es war nicht möglich, auf den Vorschlag der beiden Vertreter der Humanistischen Union einzugehen, die beantragten, „den Studenten auf dem Kongreß Rederecht zu gewähren und offen über alle Vorwürfe zu debattieren“. Welche Organisation könnte auf einem wichtigen Kongreß gestatten, daß ihre Versammlung durch Außenstehende in ihrem Ablauf gestört werde, und diesen zu einem der Tagesordnung fremden Thema das Wort erteilen?

6. Es trifft zu, daß der Vorsitzende der senegalesischen Liga sich in seiner Rede zu Bemerkungen verstieg, die die Internationale Liga nicht annehmen kann. Es ist aber unrichtig, die Rede als „provokatorisch“ zu bezeichnen. Die Provokation kam gerade von einigen europäischen Kongressisten; von einem Franzosen und von Joachim KAHL. Ohne jede Kenntnis afrikanischer Mentalität und Verhältnisse, äußerten sie sich in einer Weise, die nur in Beschimpfung ausarten konnte. Es wäre unsinnig, den Worten des Vorsitzenden der senegalesischen Liga eine übermäßige Bedeutung zu geben. Mehrere andere leitende Mitglieder dieser Liga haben in ganz anderer Weise in die Debatte eingegriffen.

7. Es ist un wahr, daß die Wahlen für den Vorstand „ohne jede Diskussion“ vorgenommen werden sollten. Eine Diskussion hat vielmehr stattgefunden, was dadurch bewiesen ist, daß die ursprünglich vorgeschlagene Liste abgeändert und daß eine weitere afrikanische Vertreterin gewählt worden ist. Wenn über diese neue Liste „als Block“ abgestimmt wurde, so geschah das auf einen demokratisch von der Vollversammlung gefaßten Beschluß, in dem die Listenwahl der Einzelkandidatur vorgezogen worden war.

Für diese Mitteilungen ist Leo Derrik verantwortlich, für den Diskussionsteil Jürgen Scheschkewitz.

Humanistische Union e. V., 8 München 23, Destouchesstraße 48, Telefon: 30 20 96 / 97. Redaktionsschluß 3. Dezember

Bezugspr. im Mitgliedsbeitrag der Humanistischen Union enthalten Konten: Bank für Gemeinwirtschaft München 1700678, Postscheck München 104200. Einem Teil dieser Auflage liegt eine Anzeige der Sexualberatungsstelle Knut Nielsen bei.